

Konjunkturpolitik

Grüne Staatshilfen zeigen wenig Wirkung

Die großen Industrieländer haben in der Wirtschaftskrise gut 240 Milliarden Euro für Projekte in der Umwelttechnologie ausgegeben. Deutsche Unternehmen sind in einigen dieser Branchen zwar international führend, haben aber kaum von den grünen Staatshilfen profitiert, wie eine Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) zeigt.


Die Gründe: Viele Projekte sind langfristig ausgelegt, kurzfristige Hilfen verpuffen schlicht. Ein Vergleich der wichtigsten Photovoltaik-Märkte etwa zeigt, dass besonders in jenen Ländern das Geschäft mit der Sonnenenergie brummt, in denen die reguläre, langfristige Förderung besser geworden ist, unabhängig von Konjunkturpaketen. In Deutschland hat in den Krisen Jahren 2009 und 2010 jeder zusätzlich für Photovoltaik ausgegebene Konjunktur-Euro die gesamtwirtschaftliche Nachfrage nur um etwa 60 Cent erhöht – auch, weil rund 60 Prozent der gekauften Anlagen gar nicht von deutschen, sondern von ausländischen Herstellern produziert wurden. Wirkung zeigten dagegen die 3,3 Milliarden Euro, die hierzulande in die energetische Gebäudesanierung geflossen sind. Durch zahlreiche wirtschaftliche Verflechtungen profitierten viele Branchen – jeder vom Staat extra investierte Euro hat unterm Strich eine zusätzliche Nachfrage von 1,40 Euro ausgelöst.

Holger Techert, Markus Demary: Kombinierte Konjunktur- und Klimapolitik – Chance für die deutsche Umweltindustrie?, IW-Analysen Nr. 75, Köln 2012, 110 Seiten, 19,90 Euro. Versandkostenfreie Bestellung unter: www.iwmedien.de/bookshop

Ansprechpartner im IW: **Holger Techert, Telefon: 0221 4981-748**

Dr. Markus Demary, Telefon: 0221 4981-732

Grün war die Hoffnung

Konjunkturpolitik. Viele Länder haben in der Wirtschaftskrise Konjunkturprogramme verabschiedet, die auch erneuerbare Energien und die Energieeffizienz fördern sollten. Deutsche Unternehmen sind auf vielen dieser Märkte international führend und hätten von den Maßnahmen profitieren können. Eine Untersuchung des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) kommt allerdings zu eher ernüchternden Ergebnissen. 

In der Weltwirtschaftskrise zu Beginn der 1930er Jahre rief der damalige US-Präsident Roosevelt ein ganzes Bündel an Wirtschafts- und Sozialreformen – den „New Deal“ – ins Leben. Ein Dreivierteljahrhundert später erlebte die Welt mit der Finanz- und Wirtschaftskrise einen durchaus vergleichbaren Schock, und wieder wurden zahlreiche Konjunkturprogramme beschlossen – auch ein New Deal, diesmal aber ein grüner. Der „Green New Deal“ sollte und soll Konjunktur- und Kli-

mapolitik miteinander verknüpfen, indem er die staatlichen Hilfen auch in Umwelttechnologien lenkt. Schließlich steht die Reduktion von Kohlenstoffdioxidemissionen auf der Agenda vieler Staaten ganz oben.

Das IW Köln hat die Konjunkturprogramme der großen Industrieländer näher untersucht. Insgesamt haben diese mehr als 240 Milliarden Euro für grüne Konjunkturmaßnahmen ausgegeben (Grafik).

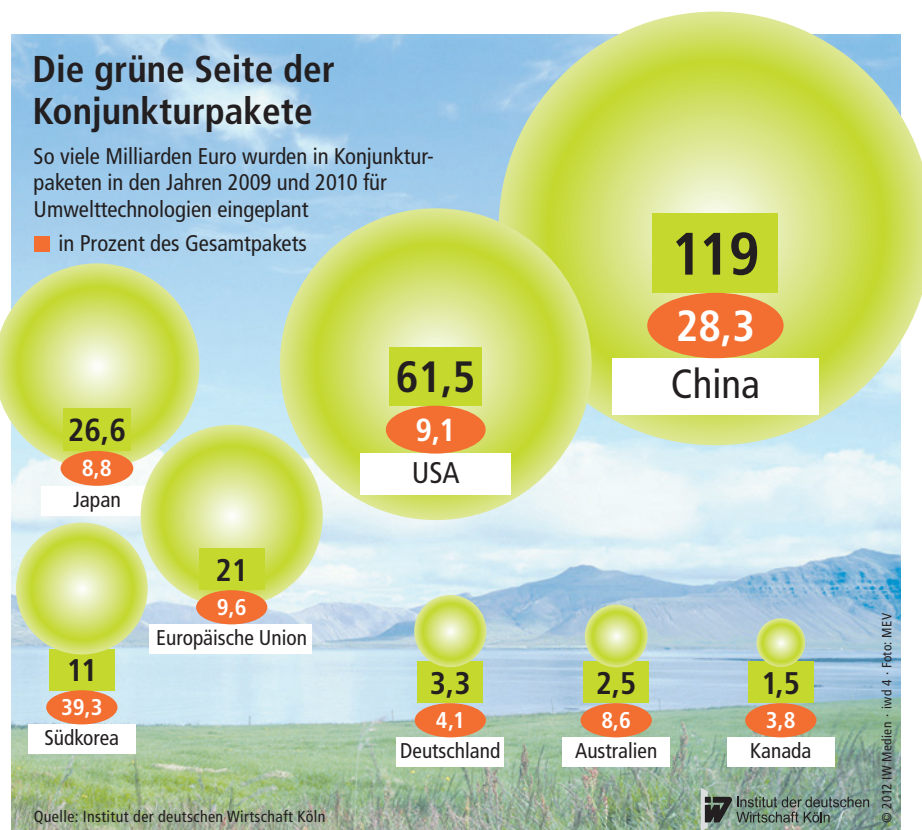
Gut ein Drittel der Investitionen ging in den Aufbau einer kohlenstoff-


armen Verkehrsinfrastruktur und jeweils 15 Prozent in den Ausbau der Stromnetze und die Energieeffizienz.

Außerdem wurden rund 15 Milliarden Euro – 6 Prozent der grünen Ausgaben – in erneuerbare Energien investiert. Die deutsche Wind- und Photovoltaikindustrie hätte von diesen Programmen besonders profitieren können, ist sie doch groß am Weltmarkt vertreten und verzeichnet steigende Umsätze.

Damit den deutschen Unternehmen die internationalen Konjunkturmittel allerdings auch wirklich zugutekommen, müssten die Konjunkturprogramme rechtzeitig wirken. Und das geht nur, wenn die betreffenden Projekte bereits fertig geplant waren und lediglich die Finanzierung gefehlt hat. Doch gerade in der für deutsche Betriebe interessanten Photovoltaik- und Windenergiebranche durchlaufen Vorhaben oft lange Planungs- und Genehmigungsverfahren – Konjunkturprogramme haben es da schwer, schnell wirksam zu werden:

Photovoltaik. Der Markt für Photovoltaik ist in den meisten Ländern auch während der Rezession, also von 2009 bis 2010, deutlich gewachsen. Allerdings hatte dieses Wachstum meist nichts mit den Konjunk-



 **IW-Analysen Nr. 75**

Holger Techert, Markus Demary:
Kombinierte Konjunktur- und Klimapolitik – Chance für die deutsche Umweltindustrie? Köln 2012, 110 Seiten, 19,90 Euro.

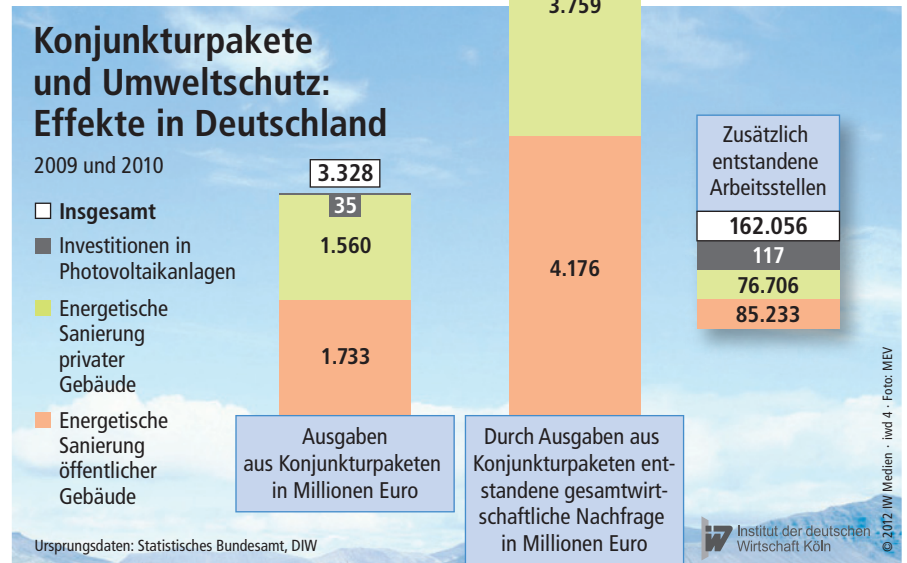
Versandkostenfreie Bestellung unter:
www.iwkoeln.de/bookshop

turprogrammen zu tun. Ein Vergleich der wichtigsten Märkte für Photovoltaikanlagen zeigt, dass besonders in jenen Ländern das Geschäft mit Sonnenenergie brummt, in denen sich die reguläre, langfristig angelegte Förderung verbessert hat – unabhängig davon, ob es Konjunkturmittel für Photovoltaikanlagen gab oder nicht. Auch umgekehrt gilt: Dort, wo die reguläre Förderung zurückgefahren wurde, schrumpften auch die Umsätze der Hersteller.

Eine Befragung der Photovoltaikunternehmen hat zudem gezeigt, dass die Konjunkturprogramme keine besondere Anziehungskraft auf die Hersteller hatten. Die Unternehmen haben sich vor allem dann neuen Märkten zugewandt, wenn in den betreffenden Ländern die reguläre Förderung während der Rezession verbessert wurde.

Windenergie. Die Branche hat ein Auf und Ab hinter sich: Im Jahr 2009 ist die neu installierte Leistung an Windenergie weltweit gestiegen, 2010 ist der Markt jedoch in den wichtigsten Windenergiemärkten – abgesehen von China – eingebrochen. Konjunkturmittel konnten die Nachfrage offenbar kurzfristig nicht stützen.

Die Umsatzzahlen europäischer Windkraftanlagenhersteller zeigen, dass sich ihre Geschäfte im Krisenjahr 2009 nach Europa verlagert hatten – weg von Asien und Nordamerika. Dies spricht aber eher für einen höheren Protektionismus der überseeischen Staaten als dafür, dass sie mit ihren Konjunkturprogrammen ausländische Unternehmen ins Land holen wollten. Ein Jahr später



sah es schon anders aus: Die Konjunktur kam wieder in Fahrt und mit ihr die Geschäfte mit den USA, China und anderen Staaten.

Auch Deutschland hatte während der Krise zwei Konjunkturpakete geschnürt. Hierzulande beschränkte sich der Green New Deal auf die Förderung der Energieeffizienz.

Insgesamt wurden durch die Konjunkturprogramme in der Bundesrepublik 3,3 Milliarden Euro zusätzlich in die energetische Gebäudesanierung investiert.

Aufgrund der wirtschaftlichen Verflechtungen profitierte neben der Bauwirtschaft zum Beispiel auch die Glas- und Keramikindustrie von diesen Investitionen. Die Konjunkturpakete schufen unterm Strich eine gesamtwirtschaftliche Nachfrage von rund 8 Milliarden Euro (Grafik). Anders ausgedrückt:

Jeder in die energetische Sanierung gesteckte Euro hat eine zusätzliche Nachfrage von 1,40 Euro ausgelöst.

In Photovoltaikanlagen wurden durch die Konjunkturprogramme rund 35 Millionen Euro investiert.

Die gesamtwirtschaftliche Nachfrage stieg jedoch nur um rund 20 Millionen Euro. Hier erhöhte jeder ausgegebene Euro die gesamtwirtschaftliche Nachfrage also lediglich um etwa 60 Cent. Der Grund für diese schwache Wirkung: Rund 60 Prozent der Anlagen wurden 2009 und 2010 nicht bei deutschen Herstellern gekauft, sondern importiert.

IW international

Die Weltklimakonferenz hat auf ihrer 17. Sitzung im südafrikanischen Durban das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW) offiziell als Beobachterorganisation angenommen. Ab sofort können die IW-Wissenschaftler an den Weltklimaverhandlungen teilnehmen. Dabei stehen vor allem auch die jährlichen Zwischenverhandlungen in Bonn im Mittelpunkt, auf denen abseits der großen öffentlichen Aufmerksamkeit an Fortschritten für den globalen Klimaschutz gearbeitet wird. Die offizielle Zulassung eröffnet weitere Möglichkeiten, aktuelle Entwicklungen der internationalen Klimapolitik analysieren und Vorschläge einbringen zu können.